

#LÄNDERSACHE

luxemburgreport

LANDTAGSWAHL SACHSEN-ANHALT

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: März 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wie bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Neben den Fragen von Tagespolitik machen wir uns aber auch auf die Suche nach Antworten, ob, wann und wie auf der Ebene der Landespolitik die Frage sozialistischer Transformation auf die Tagesordnung gesetzt werden kann – verstanden als Versuch, relevante gesellschaftliche Bereiche aus der kapitalistischen Verwertung zu lösen und demokratisch mitzugestalten.

Eine der Voraussetzungen, um Politik und Gesellschaft vor Ort verstehen, erklären und auch verändern zu können, ist Wissen – über Themen, Strukturen, Entscheidungswege und Verwaltungspraxen. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Theorie progressiver Veränderung von Gesellschaft entwickeln und die Debatte darüber mit Akteur*innen aus Verbänden, Initiativen, Wissenschaft und Politik führen. Theorie und Wissen sollen auch zur verändernden Praxis ermutigen und befähigen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

VINCENT STREICHHAHN

LANDTAGSWAHL IN SACHSEN-ANHALT

POLITISCHES FAZIT

Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021 könnte bundespolitische Bedeutung erlangen. In den vergangenen Jahren haben Teile der CDU eine Zusammenarbeit mit der AfD ins Spiel gebracht, die nach der letzten Wahl durch die Bildung einer Kenia-Koalition (CDU/SPD/Grüne) verhindert werden konnte. Während der laufenden Legislaturperiode stand die Koalition mehrmals vor dem Scheitern. Mit einem möglichen Wiedereinzug der FDP in den Landtag wird die Mehrheitsbildung noch schwieriger werden. Gleichzeitig würden Teile der CDU verstärkt darauf drängen, mit der AfD zu kooperieren. Ob Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) dann an seiner Abgrenzung gegenüber der AfD festhält, ist nicht gewiss. Alle demokratischen Akteur*innen müssen daher den Druck auf die CDU verstärken, um eine Zusammenarbeit mit der AfD zu verhindern.

Die Landesregierung hat in den vergangenen fünf Jahren lediglich den Status quo verwaltet. Dabei steht das Land mit dem demografischen Wandel, wachsender sozialer Ungleichheit und den Folgen des Klimawandels vor großen Herausforderungen. Unter anderem aufgrund der Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen konnte sich bislang kein Mitte-links-Bündnis als soziale Regierungsalternative etablieren. In den kommenden Wochen wird es deshalb nicht nur für DIE LINKE darauf ankommen, für diese Option zu werben, die eine gewisse Dynamik an der Wahlurne entfalten könnte. Dieses Projekt müsste aber über den Wahlkampf hinaus aktiv aufgebaut werden, etwa durch kontinuierliche Gesprächsrunden der parteipolitischen Akteur*innen, die damit Geschlossenheit demonstrieren und sich über zentrale Fragen eines sozial-ökologischen Wandels verständigen könnten. Dafür sollten die Parteien an die sozialen Bewegungen in Sachsen-Anhalt anknüpfen.

Seit ihrem Ausbruch dominiert die Corona-Pandemie die Landespolitik und wird auch eine künftige Regierung weiter beschäftigen. Die Landtagswahl findet unter äußerst dynamischen (Pandemie-)Bedingungen

statt, weshalb Prognosen noch schwieriger abzugeben sind als gewöhnlich. Der Wahlkampf läuft außerdem nur zögerlich an.¹

1 POLITISCHE AUSGANGSLAGE

Die Kenia-Koalition, die seit der letzten Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt regiert, war von Beginn an von Konflikten geprägt und stand mehrfach, zuletzt im Zuge des Streits um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags im Dezember 2020, vor dem Scheitern. Das unbeliebte Bündnis war aufgrund mangelnder Alternativen infolge des Parlamentseinzugs der AfD 2016 als größter Oppositionspartei (24,3 Prozent) eingegangen worden. Eine Fortsetzung der Koalition nach der Landtagswahl ist für keine der beteiligten Parteien eine beliebte Perspektive. Gleichzeitig bewertete eine Mehrheit der Wahlberechtigten (67 Prozent) im Sommer 2020 die Arbeit der Landesregierung positiv – vor allem im Hinblick auf ihr Corona-Management (Infratest-dimap 2020). Eine Fortsetzung der Kenia-Koalition steht laut aktuellen Umfragen rechnerisch allerdings auf der Kippe. Die Regierungsbildung wird kompliziert – in Sachsen-Anhalt ist das nicht ungewöhnlich.

Die Parlamentsgeschichte Sachsen-Anhalts ist seit 1990 durch ungewöhnliche Konstellationen und Ausgangsbedingungen gekennzeichnet. Das Land ist bekannt für die geringe Parteienbindung der Wähler*innen und seine volatile Wählerschaft (Stöcker/Detterbeck 2017). Verluste oder Gewinne von bis zu zehn Prozentpunkten für eine Partei sind bei Landtagswahlen eher die Regel als die Ausnahme. Der «relativen Stabilisierung» durch die Wahlen 2006 und 2011 setzten der Einzug der AfD und die starken Verluste von SPD (-10,9 Prozent) und der LINKEN (-7,4 Prozent) bei der Landtagswahl 2016 ein Ende. Mit der Kenia-Koalition beschritt die Landespolitik neue Wege – nicht das erste Mal: In Sachsen-Anhalt war es 1994 zu einer Minderheitsregierung von SPD und Grünen gekommen, die durch die PDS toleriert wurde. Das «Magdeburger Modell» (Träger 2017) war geboren. Nach der ersten Legislaturperiode (1994–1998) schieden die

1 Ende Februar 2021 haben die Parteien ihre Kandidat*innen für die Landeslisten gewählt. Zu diesem Zeitpunkt lag nur von der SPD ein Wahlprogramm vor. Bei den Grünen und der Partei DIE LINKE existierten zu Redaktionsschluss nur Entwürfe. Während die FDP angekündigt hat, kein komplettes Wahlprogramm, sondern nur «zentrale Bausteine» zu veröffentlichen, werden sowohl CDU als auch AfD Wahlprogramme vorlegen.

Grünen aus dem Landtag aus, aber die Minderheitsregierung wurde von der SPD unter Tolerierung der PDS fortgesetzt und hielt bis zum Ende der zweiten Legislaturperiode (1998–2002). Das Modell – damals nicht nur aufgrund des «Mehrheitsdogmatismus in der parlamentarischen Kultur der Bundesrepublik» (Decker 2009: 450), sondern auch wegen der Tolerierung durch die PDS äußerst umstritten – erwies sich als überraschend stabil und bereitete den Boden für linke Regierungsbündnisse andernorts (Gärtner 2015).

2 SOZIOÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE

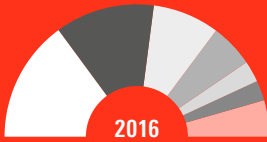
Die Wirtschafts- und Sozialstruktur in Sachsen-Anhalt ist nach wie vor vom Strukturwandel nach dem Ende der DDR geprägt. Eine rasante Deindustrialisierung, organisiert durch die Treuhand, hat das einst von Industriebetrieben geprägte Land in eine Region der Dienstleistungen mit ausgeprägtem Niedriglohnssektor verwandelt. Sachsen-Anhalt ist besonders stark vom demografischen Wandel betroffen (Nolde 2017). Zudem ist die Bevölkerung zwischen 1991 und 2013 um 20,5 Prozent geschrumpft. Zwar ist seit den 2010er Jahren wieder ein Zuzug zu verzeichnen, der die niedrigen Geburtenraten allerdings nicht ausgleichen kann. 2019 lebten 2.194.782 Menschen (-2,2 Prozent) in Sachsen-Anhalt. Dieser moderate Rückgang ist auf die steigende Anzahl von zugezogenen Ausländer*innen (+60.672 Menschen) ab 2014 im Zuge der Migrationsbewegungen zurückzuführen (Sachsen-Anhalt 2020). Dieser Trend fand jedoch 2017 ein Ende.

Bei der Bevölkerungsentwicklung lassen sich starke regionale Unterschiede beobachten. Während sich in den großen Städten Magdeburg und Halle die Entwicklung stabilisiert hat, fällt der Rückgang im ländlichen Raum umso rasanter aus. Die Abwanderung vor allem von jungen Menschen in Kombination mit einem Geburtendefizit und einer steigenden Lebenserwartung hat die zunehmende Alterung der Gesellschaft zur Folge (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2020).

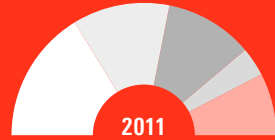
Sachsen-Anhalt zeichnet sich durch eine hohe Armutsgefährdung aus. Zwar waren 2019 mit 19,5 Prozent insgesamt etwas weniger Menschen von Armut betroffen als 2005 (-2,9 Prozentpunkte), damit belegt Sachsen-Anhalt aber den vorletzten Platz im Vergleich aller Bundesländer. Fast jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt hat weniger als 60 Prozent des mittleren

LANDTAGSWAHLERGEBNISSE SEIT 1990

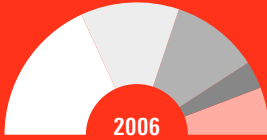
CDU 29,8% AfD 24,3% DIE LINKE 16,3% SPD 10,6% Grüne 5,2% FDP 4,9% Andere 8,9%



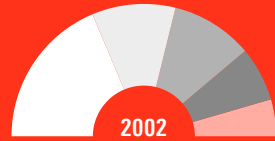
CDU 32,5% DIE LINKE 23,7% SPD 21,5% Grüne 7,1% Andere 15,2%



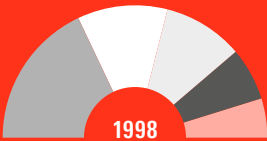
CDU 36,2% PDS 24,1% SPD 21,4% FDP 6,7% Andere 11,6%



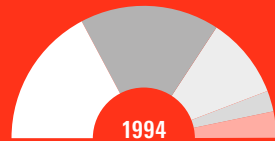
CDU 37,3% PDS 20,4% SPD 20,0% FDP 13,3% Andere 9%



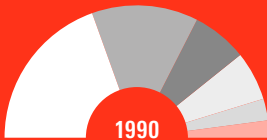
SPD 35,9% CDU 22,0% PDS 19,6% DVU 12,9% Andere 9,6%



CDU 34,3% SPD 34,0% PDS 19,9% Grüne 5,1% Andere 6,7%



CDU 39,0% SPD 26,0% FDP 13,5% PDS 12,0% Grüne 5,3% Andere 4,2%



Einkommens zur Verfügung (Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Das liegt nicht nur an der überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote (2021: 8,2 Prozent; Bundesagentur für Arbeit 2021) und des hohen Anteils von Menschen, die auf die soziale Mindestsicherung angewiesen sind (2019: zehn Prozent; Statistisches Bundesamt 2020), sondern auch am geringen Lohnniveau durch einen ausgeprägten Niedriglohnsektor und am Fachkräftemangel (Roy 2017). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) konstatierte 2019: «Viele Ostdeutsche blicken sorgenvoll in die Zukunft, vor allem wenn es um den Arbeitsplatz geht. Zwölf Prozent der Facharbeiter*innen in den ostdeutschen Bundesländern gaben an, sich große Sorgen um ihre berufliche Zukunft zu machen.» (DGB Sachsen-Anhalt 2019) Im Bundesdurchschnitt beträgt der Wert nur sechs Prozent. Als Gründe für die ökonomische Unsicherheit gab der DGB – neben den Herausforderungen durch die Pandemie – die zerstückelte Tariflandschaft und niedrige Löhne in Sachsen-Anhalt an. Nur die Hälfte aller Beschäftigten sind durch einen Tarifvertrag geschützt. Die weitgehend fehlenden tariflichen Standards führen dazu, dass mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten in Sachsen-Anhalt für einen Niedriglohn (unter 2.200 Euro brutto) arbeitet. Diese sozioökonomische Situation und Entwicklung seit 1990 trägt dazu bei, dass sich die Hälfte der Menschen, die in Ostdeutschland leben, als Bürger*innen zweiter Klasse fühlt (DGB Sachsen-Anhalt 2019).

3 THEMEN IM LAND

Seit Beginn der Pandemie dominiert das Thema die Landespolitik. Während das Corona-Management der Landesregierung im Sommer 2020 mehrheitlich positiv bewertet wurde, ist die Situation angesichts wieder wachsender Fallzahlen und dem Beginn einer dritten Infektionswelle ungewiss. Eine wirkliche Strategie, die eine Öffnung des gesellschaftlichen Lebens nachhaltig garantieren könnte, ist bislang nicht zu erkennen. Als Oppositionspartei hetzt die AfD gegen die vermeintliche «Corona-Diktatur» und fordert eine zügige Lockerung der Schutzmaßnahmen. DIE LINKE plädiert vor allem für einen solidarischen Umgang in der Krise. Die Thematik wird die Landespolitik über den Wahltag hinaus beschäftigen.

Ein weiteres Thema, das die Landespolitik in den letzten Jahren bestimmt und immer wieder zu Krisen geführt hat, war das Verhältnis der Regierungsparteien zueinander sowie eine mögliche und teilweise faktische

Kooperation von Teilen der CDU mit der AfD. Viele Abgeordnete des im Bundesvergleich rechten CDU-Landesverbands haben deutlich größere Vorbehalte gegenüber den Grünen als gegenüber der AfD.

Ein Beispiel dafür war 2017 die Einsetzung der Enquete-Kommission «Linksextremismus» auf Antrag der AfD, dem auch weite Teile der CDU zustimmten. Das ist bemerkenswert, da die Kommission auch ohne die Stimmen der CDU zustande gekommen wäre. Im Februar 2021 wurde die Kommission aufgrund ihrer Verfassungswidrigkeit aufgelöst. Ein weiterer bemerkenswerter Vorfall: Die beiden stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer erklärten in einer «Denkschrift» im Sommer 2019, es müsse gelingen, «das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen». Ausdrücklich ergänzte Thomas auf Nachfrage gegenüber der *Mitteldeutschen Zeitung*: «Wir sollten eine Koalition jedenfalls nicht ausschließen.» (Thomas/Zimmer 2019) Beide CDUler belegen aussichtsreiche Listenplätze bei der kommenden Landtagswahl.

Kurz vor dem Aus stand die Koalition Ende 2020 aufgrund der Debatte um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags. Große Teile der CDU wollten die Beitragserhöhung nicht mittragen. Als der damalige CDU-Innenminister Holger Stahlknecht drohte, die CDU könne, wenn die Koalitionspartner nicht mitzögen, auch in einer Minderheitsregierung bis zur Wahl regieren, entließ ihn Ministerpräsidenten Reiner Haseloff.

Haseloff vertritt die Linie einer klaren Abgrenzung zur AfD, kann die Fraktionsdisziplin aber schon lange nicht mehr aufrechterhalten. Es gab faktisch Kooperationen zwischen CDU und AfD sowie zahlreiche Akteur*innen, die ein Mitte-rechts-Bündnis vorbereiten. Ob Haseloff dem Drängen seiner Fraktion nach der Wahl standhalten kann oder durch eine parteiinterne Revolte gestürzt wird, ist ungewiss. Die Wahl könnte den «Erfurter Sündenfall» vom Februar 2020, als ein Ministerpräsident mit den Stimmen von CDU, AfD und FDP gewählt wurde, wiederholen und ein bundespolitisches Erdbeben auslösen.

Jenseits der Probleme innerhalb der Koalition hat ein sozialpolitisches Thema das Land in den letzten Jahre immer wieder beschäftigt: der akute Mangel an Lehrer*innen in den Schulen Sachsen-Anhalts. Durch die seit 2010 wieder langsam steigenden Schülerzahlen und eine überalterte Lehrerschaft ist die Personaldecke angespannt. Landesweit fehlen 500 Lehrkräfte (MDR 2020b). Dagegen formierte sich Widerstand (sie-

he Abschnitt 4). Als Teil der Regierung taten sich SPD und Grüne unheimlich schwer mit der Situation, grundlegende Reformen wurden nicht angegangen. Stattdessen rief Bildungsminister Marco Tullner (CDU) den «Schulfrieden» aus, was aber nicht mehr als die Ankündigung von Gesprächen war.

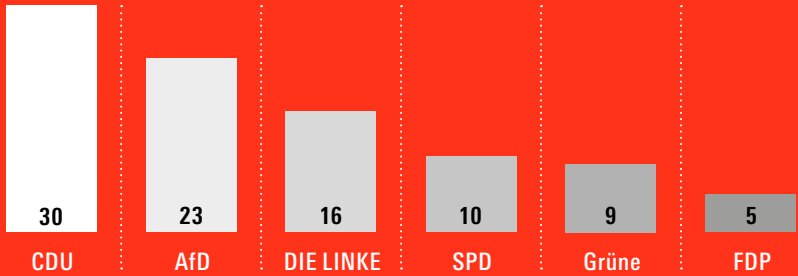
Bundesweite Aufmerksamkeit erfuhr Sachsen-Anhalt nach dem rechts-terroristischen Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019. Die Aufarbeitung beschäftigt das Land bis heute. Im Februar 2020 wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. In der Öffentlichkeit wurde der fehlende Schutz von Synagogen im Land sowie das Verhalten der Polizei kritisiert. Manche Reaktionen der CDU waren skandalös. So wies der damalige Innenminister Stahlknecht jegliche Schuld von sich und beklagte, dass Polizist*innen mehr Zeit zum Schutz jüdischer Gebäude aufwenden müssten und daher unter Umständen anderswo fehlen würden. Für Aufsehen sorgte auch ein Fluchtversuch des Attentäters aus der Haftanstalt in Halle. Dieser war möglich geworden, weil die Sicherheitsauflagen gelockert worden waren.

4 AUSSERPARLAMENTARISCHE BEWEGUNGEN

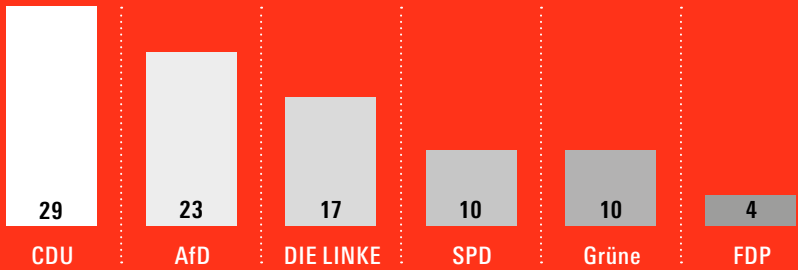
In Sachsen-Anhalt konnten verschiedene außerparlamentarische Bewegungen die öffentliche Debatte in den letzten Jahren beeinflussen. Im Frühjahr 2017 bildete sich das Bündnis «Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!» aus Eltern, Schüler*innen, Pädagogenverbänden sowie Gewerkschaften und der Linkspartei. Anlass war die prekäre Situation an den Schulen. Aufgrund der überalterten Lehrerschaft fällt regelmäßig Unterricht aus. In manchen Fächern ist die Bedarfsdeckung so gering, dass Schüler*innen keine Noten bekommen. An den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen ist die Bedarfslücke besonders groß. Nachdem die Initiative 2017 erfolgreich war und der Landtag über das Anliegen debattieren musste, setzte sie sich beim anschließenden Volksbegehren die Einführung von festen Personalschlüsseln zum Ziel. Dadurch sollte eine Mindestanzahl an Lehrer*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen verbindlich festgeschrieben werden. Zwar scheiterte das Volksbegehren im September 2020 an dem erforderlichen Quorum von 163.000 Unterschriften deutlich. Aber die Initiative konnte dennoch Einfluss auf die Debatte im Land nehmen. Die «Schulkrise» ist inzwischen ein anerkanntes Problem und kann von keiner Partei mehr

LETZTE UMFRAGE-WERTE

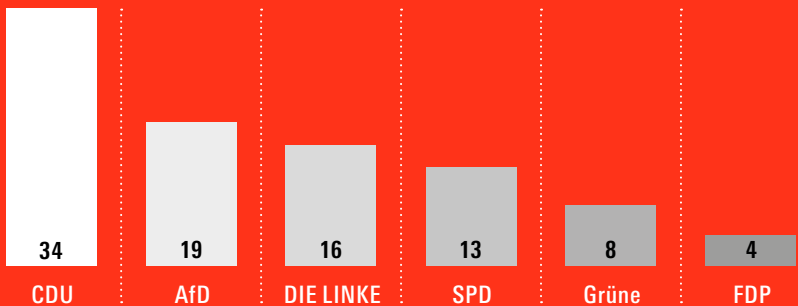
Januar 2021 (INSA)



Dezember 2020 (INSA)



Juni 2020 (dimap)



ignoriert werden. Das Thema der mangelnden Unterrichtsversorgung könnte ein wichtiger Baustein einer künftigen rot-rot-grünen Regierungspolitik sein.

2019 erfasste die Fridays-for-Future-Bewegung auch Sachsen-Anhalt. Zu Aktionen kam es in Magdeburg, Halle, Naumburg, Dessau-Roßlau, Wittenberg, Aschersleben, Quedlinburg, Stendal und Salzwedel. Damit konnte die Bewegung Menschen in Regionen in Sachsen-Anhalt mobilisieren, in denen die Zivilgesellschaft sonst kaum aktiv ist. An den globalen Klimaprotesten 2019 und 2020 beteiligten sich mehrere Tausend Menschen in Sachsen-Anhalt. In Halle und Magdeburg wurden infolge der Proteste ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr und autofreie Innenstädte debattiert. Sowohl für DIE LINKE und die Grünen als auch für die SPD ist der sozial-ökologische Wandel ein wichtiges Projekt.

Nach dem Einzug der AfD in den Landtag kam es wiederholt zu antifaschistischen Protesten. Einem breiten Bündnis in Halle gelang es, den Widerstand gegen ein Hausprojekt der extrem rechten Identitären Bewegung über Jahre aufrechtzuerhalten. Antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen, an denen sich teilweise mehrere Tausend Menschen beteiligten, ist es zu verdanken, dass der Treffpunkt Ende 2019 schließen musste. Ebenfalls von Halle ausgehend und in Kooperation mit lokalen Akteur*innen gab es regelmäßig Proteste gegen den neurechten Think-tank Institut für Staatspolitik in Schnellroda.

5 SCHWERPUNKT WAHLKAMPF

Der zögerlich anlaufende Wahlkampf wird auch in den nächsten Wochen weiter von der Corona-Pandemie dominiert werden. Im Sommer 2020 bewerteten knapp drei Viertel der Befragten das Corona-Management der Regierung als gut oder sehr gut, etwas über zwei Drittel waren außerdem allgemein zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit der Regierung. Davon profitierte zumindest im letzten Sommer die CDU, wie die hohen Beliebtheitswerte von Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat Reiner Haseloff zeigen (76 Prozent, damit ein Plus von 17 Prozentpunkten im Vergleich zum August 2018; Infratest-dimap 2020). Derzeit ist es wahrscheinlich, dass sich die CDU im Wahlkampf primär als Stabilitätsanker darstellen wird, ohne wichtige inhaltliche Impulse zu setzen.

Die Grünen waren in drei von sieben Legislaturperioden seit 1990 nicht im Landtag vertreten, dafür aber an zwei Regierungen beteiligt (1994–1998, 2016–2021). Derzeit profitiert die Partei vom positiven Bundestrend der Grünen. Laut Umfragen kann sie das erste Mal bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit einem zweistelligen Ergebnis rechnen. Es ist daher wahrscheinlich, dass sie mit der Spitzenkandidatin und aktuellen Fraktionsvorsitzenden Cornelia Lüddemann vor allem darauf setzen wird, keine Fehler im Wahlkampf zu machen und an ihren Schwerpunktthemen Bekämpfung des Klimawandels sowie Umwelt- und Naturschutz festzuhalten (Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt 2021).

Die SPD und ihre Spitzenkandidatin Katja Pähle haben es deutlich schwerer, mit ihrem Motto «Aufbruch statt Stillstand» wahrgenommen zu werden (SPD Sachsen-Anhalt 2021: 5). Die Partei ist seit 1994 mit einer Ausnahme (2002–2006) durchgängig an der Regierung beteiligt gewesen und für viele Missstände im Land mitverantwortlich. Sie steht vor dem Dilemma, die Regierungspolitik zu kritisieren, an der sie selbst beteiligt war und ist. Zudem konnte sich die Sozialdemokratie noch nicht von ihrer historischen Niederlage bei der letzten Landtagswahl erholen, bei der sie von 21,5 auf 10,6 Prozent abgestürzt war. Nach kleineren Zugewinnen im letzten Sommer von bis zu drei Prozentpunkten lag sie laut einer Insa-Umfrage im Januar 2021 wieder bei zehn Prozent.

DIE LINKE kämpft als langjährige Oppositionspartei in Sachsen-Anhalt darum, als soziale Alternative wahrgenommen zu werden, und stellt Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Politik. Unter der Überschrift «Gut für Sachsen-Anhalt: Solidarität statt Ellenbogen» spricht sich die Partei in ihrem Wahlprogramm für die Besteuerung von Vermögen und für höhere Löhne aus, übt scharfe Kritik an der Regierungspolitik und skizziert einen notwendigen sozial-ökologischen Umbau (DIE LINKE Sachsen-Anhalt 2021: 3 f.). Hervorzuheben ist auch das klare Bekenntnis, «gegen jeden Einfluss der extremen Rechten auf die Regierungspolitik» einzutreten (ebd.: 4). Wie SPD und Grüne geht DIE LINKE mit einer Frau, Eva von Angern, an der Spitze ins Rennen.

Die rechtsradikale AfD erzielt seit ihrem Einzug in den Landtag nahezu unbeeinflusst von rechten Terroranschlägen, Debatten und Skandalen hohe Umfragewerte. Sie wird an ihrem bisherigen Kurs auch im Wahlkampf festhalten. Unter ihrem Spitzenkandidaten Oliver Kirchner, der dem völkisch-nationalistischen Parteiflügel um Björn Höcke angehört, wird die

AfD weiter gegen die vermeintliche «Corona-Diktatur» hetzen und das Ende aller Gesundheitsschutzmaßnahmen fordern.

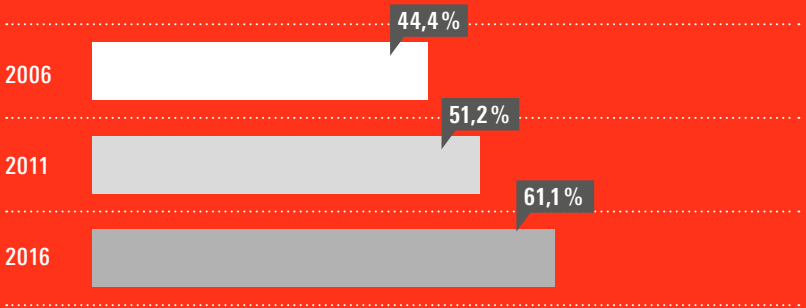
Die FDP arbeitet nach dem Ausscheiden aus dem Landtag 2016 am Wiedereinzug. Laut aktuellen Umfragen könnte das knapp gelingen. Im Fokus der Partei steht die Forderung nach einem schnellen Stufenplan, um die Anti-Corona-Maßnahmen im Sinne der Wirtschaft zu lockern, und nach mehr «Digitalisierung». Obwohl es für die FDP schwierig ist, als außerparlamentarische Opposition gehört zu werden, ist ihr Einzug in den Landtag nicht unwahrscheinlich, der die Regierungsbildung zusätzlich erschweren würde.

6 PARLAMENTSFRAGEN

Aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung wird das Parlament schrumpfen. Statt 87 Mandate werden dieses Mal nur 83 Sitze vergeben. Da die Listen- und Wahlkreisauflösungen der Parteien inzwischen abgeschlossen sind, deutet sich an, dass der Frauenanteil im Parlament leicht steigen könnte. Aktuell liegt er bei 21,8 Prozent und ist damit der niedrigste bundesweit. Das liegt vor allem an den fast ausschließlich männlichen Fraktionen der CDU (Frauenanteil 6,7 Prozent) und AfD (4,8 Prozent). Im Zuge der Listenaufstellung der CDU protestierte die Frauen-Union gegen die weitgehende Nichtberücksichtigung von Frauen. Nach dem Vorschlag des Landesvorstands fand sich die erste Kandidatin auf Platz 15. Durch den Protest wurde mit Sandra Hietel nun eine Frau auf den zweiten Listenplatz gewählt. Insgesamt werden Frauen im künftigen Landtag weiterhin massiv unterrepräsentiert sein.

Eine Prognose über die parlamentarischen Kräfteverhältnisse abzugeben ist nicht einfach. Falls sich die aktuellen Umfragen bestätigen, könnte die Regierungsbildung noch schwieriger werden als im Jahr 2016. Die Fortsetzung der Kenia-Koalition steht rechnerisch auf wackligen Beinen. Die AfD kommt nach einem leichten Knick in den Umfragewerten wieder auf 23 Prozent. DIE LINKE liegt relativ stabil bei etwa 16 Prozent. Die Prognosen für ein rot-rot-grünes Bündnis schwankten in den Umfragen zwischen 40 Prozent im März 2020 und 35 Prozent im Januar 2021; es ist damit relativ unwahrscheinlich. Das liegt auch daran, dass die SPD aus ihrem historischen Tief nach der letzten Landtagswahl nicht herauskommt, DIE LINKE nicht dazugewinnt und der Zuwachs bei den Grünen nicht für eine Mehrheit ausreicht.

WAHLBETEILIGUNG



Quelle: www.wahlen.sachsen-anhalt.de

Nach der Landtagswahl wird es daher verschiedene Optionen geben, die bundespolitische Aufmerksamkeit erfahren könnten. Falls es rechnerisch möglich sein sollte, ist die Fortsetzung der Kenia-Koalition vor allem aufgrund fehlender Alternativen wahrscheinlich. Sollte die FDP in den Landtag einziehen, würde die Regierungsbildung allgemein komplizierter werden. Für eine eigene Mehrheit der bürgerlichen Parteien bräuchte es dann eine Kenia-Koalition plus FDP. Eine aktive Einbeziehung der Linkspartei ist dagegen in Sachsen-Anhalt aufgrund des rechten CDU-Landesverbands nahezu ausgeschlossen. Neben dieser Vier-Parteien-Regierung gäbe es zwei weitere Optionen: entweder eine Minderheitsregierung, bei der unterschiedliche Konstellationen denkbar wären – unter mutmaßlicher Tolerierung der LINKEN, die für Sachsen-Anhalt nichts Außergewöhnliches wäre –, oder eine Koalition aus CDU und AfD, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eine parlamentarische Mehrheit hätte. Vor allem eine CDU-Minderheitsregierung unter Tolerierung der AfD, die in der Vergangenheit von führenden konservativen Akteur*innen gefordert wurde, liegt im Bereich des Möglichen.

7 LINKE QUO VADIS?

Für DIE LINKE wird es bis zur Wahl darauf ankommen, mit einem klaren Profil einer sozialen Alternative für breite Wählerschichten attraktiv zu sein und Segmente der Nichtwähler*innen zu mobilisieren. Problematisch ist, dass es bisher nicht gelungen ist, ein rot-rot-grünes Bündnis als realistisches Projekt in Stellung zu bringen, das Eigendynamik und Mobilisierungskraft an der Wahlurne entfalten könnte. Nachdem ein solches Bündnis 2006 (ohne die Grünen) und 2011 rechnerisch möglich gewesen wäre, liegt es derzeit in weiter Ferne.

Roger Stöcker und Klaus Detterbeck haben 2017 in einer Untersuchung der Wahlen und Parteien in Sachsen-Anhalt vorgeschlagen, dass sich ein rot-rot-grünes Projekt um drei Kernthemen gruppieren sollte und dadurch für die Bürger*innen als erkennbares Alternativangebot zur bisherigen Regierungspolitik fungieren könnte (Stöcker/Detterbeck 2017: 161). Sicherlich hat sich die Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen für eine Annäherung der drei Parteien als hinderlich erwiesen. Nur wenn es ihnen gemeinsam gelingt, glaubwürdig für ein solches Bündnis einzutreten, könnte es sich zu einer Option für die Wähler*innen entwickeln. Dafür müsste es durch Gesprächsrunden und den gemeinsamen Willen der parteipolitisch verantwortlichen Akteur*innen längerfristig forciert werden.

Mit Blick auf den Ausgang der Landtagswahl muss sich DIE LINKE auf mindestens vier verschiedene Szenarien vorbereiten, um nach der Wahl handlungsfähig zu bleiben und nicht von der Situation getrieben zu werden. Für die aktuell eher unrealistische Option eines rot-rot-grünen Bündnisses sollten im Wahlkampf drei Kernthemen formuliert werden:

1. eine solidarische Bewältigung der Corona-Krise (Vermögensabgabe, Gesundheitsschutz),
2. eine grundlegende Schulreform und
3. eine sozial-ökologische Wende.

Das zweite Szenario, die Tolerierung einer Minderheitsregierung unter Führung der CDU durch DIE LINKE, erscheint realistischer. Zwar schließt der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU von 2018 «Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit» mit der Linkspartei (und der AfD) aus, allerdings ist dieser Beschluss vor allem in Ostdeutschland angesichts

minimierter Bündnisoptionen kaum aufrechtzuerhalten. DIE LINKE muss sich vorab darüber klar werden, wie sie sich in einer solchen Situation verhalten will. Eine Tolerierung müsste die Partei auch aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem «Magdeburger Modell» an Bedingungen knüpfen.² DIE LINKE darf beispielsweise keine Form der Sozialkürzungen mittragen, wenn sie ihr soziales Profil und ihre Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen will.

Das dritte Szenario, die Fortsetzung der Kenia-Koalition, ist vor allem vom Einzug der FDP abhängig. Sollten die Liberalen es nicht in den Landtag schaffen, wird an dieser Konstellation kaum ein Weg vorbeiführen. In einer solchen Situation müsste sich DIE LINKE weiterhin auf Opposition einstellen. Eine etwaige Annäherung von SPD, Grünen und Linken für die Vorbereitung eines Regierungsbündnisses nach der Landtagswahl 2026 würde diese Situation nicht erleichtern.

Das vierte Szenario wäre eine Koalition zwischen der CDU und der AfD, die auch als Tolerierung einer CDU-FDP-Minderheitsregierung durch die radikale Rechte realisiert werden könnte. Es wäre auch möglich, dass die CDU in einer Minderheitsregierung für eine Variante der wechselnden Mehrheiten optiert und die AfD damit in die Position einer etwaigen Mehrheitsbeschafferin bringt. Dieses Szenario liegt im Bereich des Möglichen, da es in Sachsen-Anhalt genügend Akteur*innen in der CDU gibt, die diese Option immer wieder ins Spiel gebracht haben (Streichhahn 2020). Die Krise der CDU ist offenkundig, ihre Entwicklung noch nicht ausgemacht (Mosler/Streichhahn 2020; Höhne 2020). Direkt nach der Wahl muss daher entschiedener Druck gegen so eine Regierungskonstellation aufgebaut werden. Das kann DIE LINKE nicht allein, wenngleich sie sich an die Spitze dieser Bewegung stellen sollte. Bereits im Vorfeld der Wahl müssen Absprachen mit SPD, Grünen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen getroffen werden, um nach der Wahl gegen ein solches Regierungsbündnis mobil zu machen und den politischen Druck auf die CDU zu erhöhen.

2 1999 wurde von der PDS ein Kompromiss beim Kindertagesstätten-Gesetz mitgetragen, der eine Verschlechterung der Betreuungssituation bedeutete. In der PDS wurden daraufhin Stimmen laut, die ein Ende der Tolerierung forderten. Im Zuge der Zustimmung durch die PDS formierten sich Proteste gegen den Beschluss (Gärtner 2015: 136 f.).

Egal welches Szenario nach der Wahl eintritt: Eine zentrale Aufgabe der Partei DIE LINKE wird es sein – ob in der Regierung oder in der Opposition –, soziale Bewegungen aufzubauen, sie weiter zu unterstützen und sie im Parlament zu vertreten. Vor allem hinsichtlich der Auseinandersetzungen, die im Zuge der Corona-Pandemie noch auf uns zukommen werden, ist es notwendig, gesellschaftliche Abwehrkämpfe aktiv zu organisieren und parlamentarisch zu begleiten. Die prekäre Lage im Bildungs- und Gesundheitsbereich wird sich verschärfen, und die künftige Regierung wird versuchen, die Kosten der Corona-Krise auf die Gesellschaft abzuwälzen, indem in den ohnehin unterfinanzierten Universitäten, Schulen, Krankenhäusern, politischen Bildungsprojekten, Bibliotheken, Theater- sowie Opernhäusern und Sozialprojekten weiter gekürzt wird. Eine solche Entwicklung erfordert den Widerstand breiter gesellschaftlicher Bündnisse, die DIE LINKE in enger Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Gewerkschaften, SPD und Grünen aufbauen muss. Aus dieser Position heraus ließe sich längerfristig ein alternatives politisches Angebot für Sachsen-Anhalt entwickeln.

LITERATURVERZEICHNIS

- Decker, Frank (2009):** Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2009, S. 431–453.
- Gärtner, Matthias (2015):** PDS toleriert Rot-Grün. Sachsen-Anhalt: Ein Rückblick auf acht Jahre (1995 bis 2002), in: Hennig-Wellsow, Susanne (Hrsg.): Mit LINKS regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht, Hamburg, S. 134–139.
- Höhne, Benjamin (2020):** Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 2/2020, S. 157–168.
- Nolde, Hendrik (2017):** Die demographische Entwicklung Sachsen-Anhalts: Handlungsstrategien angesichts von Bevölkerungsrückgang und Überalterung, in: Träger, Hendrik/Priebus, Sonja (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt, Wiesbaden, S. 271–287.
- Roy, Klaus-Bernhard (2017):** Arbeitsmarkt und Politik in Sachsen-Anhalt: Strukturprobleme und Perspektiven, in: Träger, Hendrik/Priebus, Sonja (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt, Wiesbaden, S. 289–308.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2020):** Bevölkerungsstand, Erwerbstätigkeit. Ergebnisse des Mikrozensus 2019, Magdeburg.
- Stöcker, Roger/Detterbeck, Klaus (2017):** Wahlen und Parteien in Sachsen-Anhalt. Von Stabilitäten und Instabilitäten, in: Träger, Hendrik/Priebus, Sonja (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt, Wiesbaden, S. 145–164.
- Thomas, Ulrich/Zimmer, Lars-Jörn (2019):** Denkschrift. Erste Analyse der Kommunal- und Europawahl für Sachsen-Anhalt.
- Träger, Hendrik (2017):** Koalitionen in Sachsen-Anhalt: ein kleines Land mit Magdeburger Modell und Kenia-Koalition als bundesweiter Trendsetter, in: Träger, Hendrik/Priebus, Sonja (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt, Wiesbaden, S. 165–180.

INTERNETQUELLEN

Bundesagentur für Arbeit (2021): Arbeitslosenquote in Deutschland nach Bundesländern, Januar 2021, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern/>.

Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Armutsgefährdungsquoten nach Bundesländern, 28.11.2020, unter: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/158610/armut-nach-bundeslaendern.

DGB Sachsen-Anhalt (2019): Deutschland einig Niedriglohmland, #schlaglicht 09/2019, unter: <https://sachsen-anhalt.dgb.de/themen/++co++28222cfc-df8f-11e9-8060-52540088cada>.

Infratest-dimap (2020): Sachsen-AnhaltTREND Juni 2020, unter: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen-anhalt/laendertrend/2020/juni/.

MDR (2020a): Altersdurchschnitt der Landtagsfraktionen, unter: www.mdr.de/sachsen-anhalt/landtag-fraktionen-alter-durchschnitt-100.html.

MDR (2020b): Sachsen-Anhalt fehlen knapp 500 Lehrkräfte, 11.9.2020, unter: www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/lehrermangel-an-schulen-in-sachsen-anhalt-fehlen-fuenfhundert-lehrer100.html.

Mosler, Volkhard/Streichhahn, Vincent (2020): FAQ: Ist der Konservatismus am Ende?, 17.8.2020, unter: www.marx21.de/faq-ist-der-konservatismus-am-ende/.

Sachsen-Anhalt (2020): Tabellen Bevölkerungsstand, unter: <https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/bevoelkerung-erwerbstaetigenrechnung-mikrozensus-freiwillige-haushaltserhebungen/bevoelkerung/tabellen-bevoelkerungsstand/>.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2021): Durchschnittsalter der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2011 bis 2019, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1094225/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-sachsen-anhalt/>.

Statistisches Bundesamt (2020): Pressemitteilung Nr. 434 vom 30.10.2020, unter: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_434_228.html.

Streichhahn, Vincent (2020): Thüringen als autoritäres Vorspiel: «Hauptsache, die Sozialisten sind weg», 6.2.2020, unter: www.marx21.de/thueringen-kemmerich-afd-union-fdp-autoritaeres-vorspiel/.

WAHLPROGRAMME

Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt (2021): Mut macht Morgen. Programm zur Landtagswahl 2021, 1. Entwurf, 11.1.2021, unter: www.gruene-lsa.de/programm/.

DIE LINKE Sachsen-Anhalt (2021): Gut für Sachsen-Anhalt: Solidarität statt Ellenbogen. Entwurf des Landtagswahlprogramms 2021, unter: www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/8-parteitag-1-tagung-vertreterinnenversammlung/dokumente/.

SPD Sachsen-Anhalt (2021): Zusammenhalt und neue Chancen. Politik fürs ganze Land, Landtagswahlprogramm 2021, unter: www.spd-sachsen-anhalt.de/index.php/lw-2021.

ZUM AUTOR

Vincent Streichhahn ist Politologe und promoviert als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Halle zu «Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im Deutschen Kaiserreich». 2020 gab er zusammen mit Frank Jacob den Sammelband «Geschlecht und Klassenkampf. Die «Frauenfrage» aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert» im Metropol Verlag heraus.

WWW.ROSALUX.DE

